

Bewerbungsformular



Nico Gallandt, 55 Jahre,

Bewerbung als Kreissprecher

1. Angaben zur Person :

• Geburtsort	Nationalität,	Familienstand /	Kinder,	Wohnort
Lauenburg/ Elbe,	deutsch	verheiratet	2	Mölln

2. Angaben zur Bildung (chronologisch) :

- Schule – Realschulabschluss
- Ausbildung mit Angabe der Abschlüsse / Fortbildung / berufliche Stationen
1981 Laufbahnprüfung I Polizei HH, 1999 Bundeslandwechsel zur Aufbauhilfe Mecklenburg-Vorpommern, letzte dienstliche Verwendung Polizeihauptkommissar
Dienstliche Stationen:
1990 bis 91 Bereitschaftspolizei Hamburg
91 bis 93 Polizeivollzugsbeamter Davidwache HH
93-95 Zivilfahnder Davidwache
95-99 Dienstgruppe besonderer Einsatz PD Ost
99-2001 Rechtsabteilung Landespolizeiamt MV
2001- 2003 Innenministerium MV –Polizeiabteilung-
Berufswechsel zum Immobilienkaufmann
2004 – 2006 Immobilienverwaltung
2006- 2012 Gründung Selbstständigkeit Immobilienverwaltung u. Verkauf
seit 2012 DEKRA zertifizierter Sachverständiger für Immobiliengutachten
seit 2014 zusätzlich freier Gutachter für Feuchte und Schimmelschäden in Immobilien

3. Politische Stationen

- 1974 Eintritt in die Junge Union Lauenburg
- 75-76 JU Vorstand Lauenburg/Elbe
- 1976 Eintritt in die CDU Lauenburg
- 1986 CDU Gemeindevertreter Reinfeld, stell. Stadtrat
- 1987 Wahl zum stellv. JU Landesvorsitzenden Schleswig- Holstein
- 1988 Wahl in den Kreisvorstand CDU Stormarn
- 2002 Wahl in den Kreisvorstand CDU Parchim
- 2012 Austritt aus der CDU auf Grund der politischen Linksorientierung unter Merkel
- 2016 Eintritt in die AFD KV Herzogtum Lauenburg
Vorbereitung Antrag zur Reform § 211 –Mord- für LPT und BPT
Unterstützung geschäftsführender Vorstand

4. Schwerpunkte der politischen Arbeit

Durch die inhaltliche Neuausrichtung der CDU sind wertkonservative Themen der politischen Mitte parlamentarisch nicht mehr vertreten. Etablierte Parteien haben heute nahezu identische

Programme, sind linkslastig und auswechselbar. In der Folge war die Gründung einer demokratischen Partei des Bürgertums logische Folge und notwendig.

Die AFD im Zentrum der Gesellschaft zu verankern, Diffamierungen entgegenzuwirken und so regionale Strukturen stärken und wo möglich vor Ort öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen auch zu den großen Themenbereichen durchführen:

- Ausländer- Migrationspolitik** hier hat die Regierung geltendes deutsches und europäisches Rechtsnormen kontinuierlich selbstherrlich gebrochen.
- Inneren Frieden schützen** steigende Terrorgefahr, explosionsartiger Anstieg von Einbrüchen, Gewalt- u. Sexualstraftaten fordern gesetzliche Antworten
- Polizei am Limit** die regionale Polizeipräsenz ist derart ausgedünnt, dass Notrufen kaum nachgekommen werden kann. Wir brauchen mehr Beamte vor Ort und die müssen besser ausgerüstet werden.
- Wirtschaft ausbauen** Die Lbg Seenplatte ist ein Natureldorado dass touristisch fast brach liegt. + 1000 Ferienhäuser heißt die Zukunftsaufgabe für eine umweltverträgliche Entwicklung von Lebensraum u. Natur im Einklang.
- Gewerbe ansiedeln** Die überregionalen Verkehrsadern sind zur begleitenden Ansiedlung von neuen Gewerbeflächen prädestiniert.
- Bürokratie abbauen:** Kommunale Verantwortung braucht eigene Entscheidungskompetenz über regionale Planung und Finanzmittel. Eine Zentralisierung der Kompetenzen ist im föderativen System nicht vorgesehen
- ÖPNV** Der HVV ist dort stark, wo die S-Bahn angebunden ist. Das Ziel muss eine Weiterführung bis Geesthacht und Schwarzenbek sein.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik und die gesellschaftlichen Rechtsnormen von BGB bis zum Straf- und Strafprozessrecht sind sensibel und wirkungsvoll erstellt worden, die Gewaltenteilung ist dabei demokratischer Garant. Eine ideologisch betriebene Veränderung dieser gesellschaftlich akzeptierten Normen, gefährdet den inneren Frieden Deutschlands. Dabei verweigert die Politik sich in den Parlamenten ihrer legislativen Verantwortung und erhebt so „höchstrichterliche Rechtsprechung“ in eine „Ersatzgesetzgebung“. Dies ist verfassungswidrig und untergräbt die gesellschaftliche Akzeptanz geltender Rechtsnormen. Ich möchte mich einsetzen, Gesetzgebung wieder in die Parlamente zurückzuverlegen. Fehlentwicklungen sind aufzugreifen, zu korrigieren, im Strafrecht, im Strafprozessrecht, im BGB, wo dem Einzelnen zunehmend jede Verantwortung abgenommen werden soll.

Eine „Versichertenmentalität“ ohne Eigenverantwortung ist gesellschaftspolitisch jedoch ein Irrweg.

Ämter und Mandate sind kein Selbstzweck, ich sammle sie nicht und bin mit dem KV gut beschäftigt.



Nico Gallandt -